



Oberkochen, den 04.05.2020

Geschäftsstelle  
Landratsamt des Ostalbkreises  
z. Hd. Herrn Landrat Klaus Pavel  
Stuttgarter Straße 41

als E-Mail-Anhang  
übermittelt

73430 Aalen

**Antrag der AfD-Fraktion im Kreistag  
als Tischvorlage zur Sitzung des Ausschusses für Bildung und Finanzen am  
05.05.2020**

**Betreff: Ausgabenstopp**

**Begründung und Sachlage:**

Das Ausmaß des verordneten Shutdown auf unsere Wirtschaft und kommunalen Haushalte ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht überblickbar.

Die Zusatzkosten der Coronakrise für den Ostalbkreis hat der Landrat auf etwa 10 Millionen Euro geschätzt. Dies sind jetzt schon absehbare Mehraufwendungen in diesem Jahr.

Nicht bezifferbare negative Veränderungen auf der Einnahmenseite und schon jetzt prognostizierte Mehrausgaben in wesentlicher Höhe stellen eine so elementare Veränderung im Kreishaushalt dar, dass der Kreistag zum Handeln verpflichtet ist.

Die AfD-Fraktion im Kreistag stellt deswegen folgenden

**Antrag:**

Der Ausschuss für Bildung und Finanzen möge beschließen:

- 1) Für alle Ausgaben außer für unvermeidbare und unaufschiebbare Aufwendungen wird eine haushaltswirtschaftliche Sperre erlassen.
- 2) Der zuständige Geschäftsbereich des Landratsamts erarbeitet eine Aufstellung von streichbaren bzw. aufschiebbaren Aufwendungen mit entsprechender Priorisierung.
- 3) Der zuständige Geschäftsbereich des Landratsamts erstellt monatliche Zwischenberichte über die Einnahmen-/Ausgabensituation des Landkreises.

Insbesondere:

- Sämtliche Maßnahmen und Investitionen im Bereich erneuerbare Energien sollten überprüft werden. Es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass diese über die Ausgaben hinaus auch den Strompreis erhöhen. Deutschland hat nicht umsonst die weltweit höchsten Stromkosten.

- Neue Verträge sollten nicht abgeschlossen werden, die nicht unmittelbar mit dem Funktionieren der öffentlichen Belange in Verbindung stehen.
- Bei bestehenden Verträgen soll geprüft werden, ob es sich um aufschiebbare Maßnahmen handelt und die Vertragserfüllung in die Zukunft verschoben werden kann.

Die haushaltswirtschaftliche Sperre soll bestehen bleiben, bis konkrete Zahlen über die prognostizierte Entwicklung auf der Einnahmenseite nach kaufmännischen Grundsätzen beziffert werden können.

Der Landkreis sollte auf das ungünstigste denkbare Szenario gefasst und vorbereitet sein. Die Nachwirkungen der Corona-Krise werden über Jahre die kommunalen Haushalte belasten.

Mit freundlichen Grüßen  
im Namen der AfD-Fraktion

Susanne Mützel  
Fraktionsgeschäftsführerin  
[susanne.muettel@afd-kreisrat-ostalbkreis.de](mailto:susanne.muettel@afd-kreisrat-ostalbkreis.de)